

Auswirkungen der eIDAS-Verordnung auf das Records Management der öffentlichen Verwaltung in Deutschland

Masterarbeit von Theresa Vogt

Zur Person

Theresa Vogt, geboren am 09.01.1988

2008 bis 2010: Ausbildung zur Bibliothekssekretärin

2010 bis 2013: Bachelorstudium im Fach Bibliothekswesen, Fachhochschule Köln

2013 bis 2015: Masterstudium im Fach Informationswissenschaften, Schwerpunkt Digitale Archivierung und Records Management, Fachhochschule Potsdam

PRAXISERFAHRUNG

03 – 07/2012: Praxissemester bei den Galway County Libraries, Irland

04/2014 – 09/2015: Werkstudententätigkeit in der Digitalen Produktion des Beuth Verlags

03 – 07/2015: Masterandin bei BearingPoint GmbH, Bereich Public Services

AUSZEICHNUNG

Deutschland-Stipendium



Theresa Vogt

E-Mail: theresa-vogt@freenet.de

Masterarbeit

TITEL

Auswirkungen der eIDAS-Verordnung auf das Records Management der öffentlichen Verwaltung in Deutschland

SCHLAGWORTE

elektronische Signatur; elektronische Identifizierung; Schriftgutverwaltung; Records Management; EU-Verordnung

BEARBEITUNGSZEITRAUM

16. März bis 03. August 2015

GUTACHTER

1. Gutachten: Frau Prof. Dr. Angela Schreyer (Fachhochschule Potsdam)
2. Gutachten: Herr Dipl.-Pol. Jan Christoph Jähne (BearingPoint GmbH)

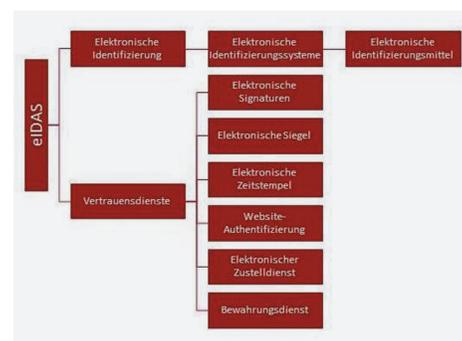
KOOPERATIONSPARTNER

BearingPoint GmbH
Kurfürstendamm 207 – 208
10719 Berlin

Inhalte und Ergebnisse

AUSGANGSLAGE

Die EU-Verordnung über die elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen (eIDAS-VO) bildet die neue rechtliche Grundlage für die EU-weite Nutzung elektronischer Identifizierungsmittel und elektronischer Signaturen.



Inhalte der eIDAS-Verordnung

FORSCHUNGSFRAGEN

Wie verändern sich die rechtlichen Grundlagen des Records Managements in der öffentlichen Verwaltung durch das Inkrafttreten der eIDAS-Verordnung? Welche Auswirkungen hat dies auf die Prozessabläufe? Welche Stärken und Schwächen zeichnen den neuen rechtlich-organisatorischen Rahmen aus und welche Chancen und Risiken ergeben daraus für deutsche Behörden?

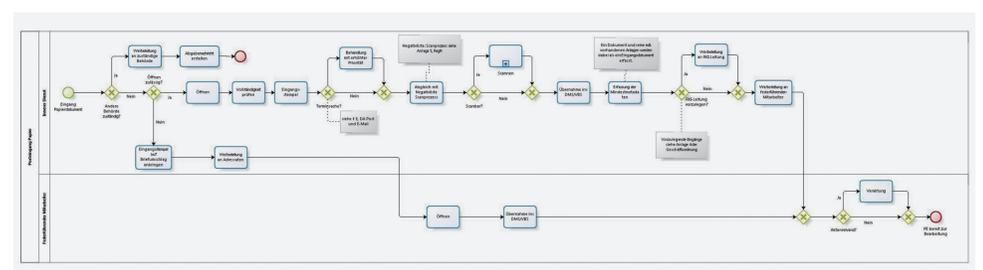
VORGEHENSWEISE

- Vergleich zwischen aktuellem rechtlich-organisatorischem Rahmen und eIDAS-VO
- Abbildung der Prozessabläufe des Robert Koch-Instituts als Beispiel einer Behörde mittels BPMN-Modellierung
- Anwendung der neuen rechtlichen Anforderungen auf die beschriebenen Prozessabläufe und Erarbeitung von konkreten Handlungsempfehlungen zur Anpassung der Prozesse
- Untersuchung der veränderten Rechtslage und der damit einhergehenden Neuerungen im Arbeitsablauf einer Behörde in einer SWOT-Analyse

FAZIT

Dem Ziel eines digitalen europäischen Kommunikationsraums ist man durch die verbindliche eIDAS-Verordnung einen entscheidenden Schritt näher gekommen. Für die öffentliche Verwaltung in Deutschland bringt sie teilweise weitgreifende Veränderungen mit sich. Grundsätzlich lässt sich für Behörden eine positive Bilanz aus der Betrachtung ziehen. Die neuen Regelungen vereinfachen Prozesse in vielen Fällen und erweitern die Möglichkeit zur beweissicheren, nationalen sowie internationalen Kommunikation.

Durch die vereinfachte Handhabung der Vertrauensdienste sind ein Bedeutungsgewinn von elektronischen Signaturen und deren erhöhte Verbreitung unter den Bürgern zu erwarten. Die Kommunikation zwischen Bürgern und Behörden wird sich dadurch weiter in den digitalen Raum verschieben. Durch die eIDAS-Verordnung wird somit der Gedanke des E-Governments weitergeführt und zu dessen Umsetzung beigetragen.



Posteingang eines Papierdokuments als Beispiel eines Prozessmodells